Nummer 306 — Halle, Mittwoch, den 25. Oktober 1922 — 57. Jahrgang

Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 120.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. mark 125.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. mark 115.00 monatlich. Die achtspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Erscheinungsort M. mark 8.00, im auswärtigen Verkehr M. mark 10.00. Reklamen die 3-Millimeter-Zeile M. mark 25.00 im Erscheinungsort und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Internationale Valutakonferenz in Berlin.

Versuche zur Stabilisierung der Mark / Die Repko in Berlin / 500 Prozent Wohnungsbauabgabe
Die neue Versicherungsgrenze für Angestellte / Milliardendefizit bei der Reichspost-Verwaltung.

Die Repko kommt nach Berlin!

Paris, 25. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission hat gestern mittag den Beschluß gefaßt, in ihrer Gesamtheit am Sonntag nach Berlin gefahren, um mit der deutschen Regierung die Maßnahmen zu besprechen, die zu ergreifen sie für notwendig erachtet. Ueber den Beschluß wurde folgendes Kommunique ausgegeben: „Die Reparationskommission hat, nachdem sie in drei Sitzungen die Vorschläge der englischen und französischen Delegierten und andere Vorschläge, die im Laufe der Diskussion gemacht wurden, einer offiziösen Prüfung unterzogen hat, einstimmig beschlossen, sich nach Berlin zu begeben, um mit der deutschen Regierung die Maßnahmen zu erörtern, welche für notwendig erachtet werden, um das Gleichgewicht Deutschlands zu sichern und die Stabilisierung der Mark zu erzielen. Die Kommission wird am Sonntag abend abreisen." Ueber den Verlauf der Nachmittagssitzung der Reparationskommission, in der die Beratungen über die französische Denkschrift und die neuen englischen Gegenvorschläge fortgesetzt wurden, wird strengstes Stillschweigen bewahrt. An amtlicher französischer Stelle wurde nachmittags erklärt, es bestätige sich, daß in der Kontrollfrage zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkte eine Annäherung eingetreten sei. Die Repko wird auf ihrer Reise von Barthou geführt werden.

Paris, 25. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Aufenthaltsdauer der Reparationskommission wird, wie der „Petit Parisien" glaubt, 8—14 Tage dauern. Es sollen alle irgendwie dienlichen Informationen eingeholt und mit der deutschen Regierung gründliche Verhandlungen geführt werden.

Währungskonferenz in Berlin.

Berlin, 25. Oktober. Halbamtlich wird berichtet: Die Reichsregierung hat eine Reihe hervorragender Finanzsachverständiger des Auslandes nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergriffen werden können. Die Beratungen werden in Kürze stattfinden. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" hierzu ergänzend mitteilt, handelt es sich bei den Sachverständigen des Auslandes vor allem um neutrale oder vollkommen unparteiische Fachleute, wie um den Engländer Keynes, den Schweden Professor Cassel und die Holländer Termolen und Wissering, den amerikanischen Währungssachverständigen und Professor an der Columbia-Universität Jenks und den in Berlin weilenden Vizepräsidenten der amerikanischen Garantie-Trust-Company Totter.

Frankreich und die Sachlieferungen.

Paris, 24. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Durch den Beschluß der Reparationskommission, der die deutschen Lieferungen für das Jahr 1922 festsetzte, wurde die Höhe der Naturallieferungen auf insgesamt 1450 Millionen Goldmark fixiert. Wie der „Intransigeant" feststellt, hat Serbien seinen Anteil voll erhalten, Belgien von dem seinigen ¾, nämlich 60 Millionen in Form von Kohlen, Holz, Vieh und Maschinen. England und Italien sollen ebenfalls den ihnen zustehenden Anteil bereits abgenommen haben, während Frankreich nur 28 Prozent der ihm zugesprochenen 970 Millionen abgehoben hat.

Paris, 24. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Im heutigen Ministerrat wurde auf den Vorschlag des Ackerbauministers beschlossen, in die von Deutschland zu fordernden Sachleistungen auch die für die französische Landwirtschaft notwendigen Stickstoffe einzubeziehen. Die Repko hat heute nachmittag die Beratungen über die deutsche Finanzlage fortgesetzt. Es ist fraglich, ob sie heute abend einen Beschluß fassen wird.

Verwirklichung des Stinnes-Lubersac-Vertrages

Paris, 25. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Zu den Gerüchten der letzten Tage, daß das Abkommen Stinnes-Lubersac infolge der veränderten Währungsverhältnisse in Deutschland unerfüllbar sei, erklärt die Oeuvre, das Abkommen sei nicht gescheitert, sondern in das Stadium der Verwirklichung getreten. Lubersac sei in der vorigen Woche in Deutschland mit einem Stabe von französischen Ingenieuren und landwirtschaftlichen Technikern gewesen und ebenso habe auch Stinnes schon vor längerer Zeit ein ansehnliches Personal nach Frankreich geschickt. Es seien auch ferner mit anderen Firmen aus der Stinnesgruppe Verträge namentlich wegen Lieferung von Kunstdünger abgeschlossen worden.

Englische Neuwahlen am 15. November.

Donnerstag offizielle Auflösung des englischen Parlaments.

London, 24. Oktober. Wie jetzt auch offiziell bekannt wird, soll die Proklamation der Auflösung des Parlaments am nächsten Donnerstag erfolgen. Als Tag der Ernennung des neuen Premiers ist der 4. November festgesetzt worden. Die Wahlen finden am 15. November statt, so daß das neue Parlament voraussichtlich am 20. November zusammentreten wird. Das neue englische Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Marquis Salisbury, Lordpräsident of Council, Viscount Cave, Lordkanzler Sir Stanley Baldwin, Schatzkanzler, Lord Curzon, Aeußeres, Herzog von Devonshire, Kolonien, Viscount Peel, Indien, Lord Derby, Krieg, Oberst Amery, Marine, Sir Ph. L. Greame, Handel, Sir A. Griffith Boscawen, Gesundheitspflege, M. C. Bride, Inneres, Sir Robert Sanders, Landwirtschaft und Fischerei, Viscount Momar, Schottland, Mc. Garel Hogg, Attorney General, M. M. Watson, Lord-Advokat. Regierungsvertreter im Oberhaus ist Lord Curzon.

Rußland und die Schweiz.

Die ergebnislose Haager Konferenz hat der Schweiz ebenso wie den anderen Staaten die Freiheit zu Sonderverhandlungen mit Rußland zurückgegeben. Binnen kurzem dürfte sich die Mehrheit der schweizerischen Bundesregierung entsprechend einem Antrag von Bundesrat Motta für eine offizielle Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen aussprechen. Auch in konservativen Geschäftskreisen ist man immer mehr zu der Auffassung gekommen, daß eine weitere Zurückhaltung unklug sein würde, nachdem neuerdings sogar Frankreich, in dessen Fahrwasser man bisher gesegelt ist, durch Senator Herriot aus Lyon direkte Verhandlungen mit Rußland angeknüpft hat.

Die Erhöhung der Bauabgabe.

Bei der Weiterverhandlung über die Erhöhung der Bauabgabe im Wohnungsausschuß des Reichstages am 24. Oktober traten die Demokraten für die Verbilligung der Rohstoffe, namentlich von Zement, Kalk, Steinen und Holz, ein, lehnten aber die Einführung der Zwangswirtschaft für Baustoffe ab. Der Vorschlag des demokratischen Abg. Bahr, einstweilen eine Erhöhung von 500 Prozent in Aussicht zu nehmen, damit die Regierung eine Vorlage ausarbeiten könne, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Die erhöhten Postgebühren.

„Nötigenfalls wird weiter erhöht."

Berlin, 24. Oktober. Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium beriet heute die neuen Vorlagen über Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren, die am 1. Dezember in Kraft treten sollen. Der Reichspostminister begründete die Notwendigkeit der Gebührenerhöhung mit der unaufhaltsam fortschreitenden Entwertung der Mark und der dadurch hervorgerufenen Verteuerung aller Betriebs- und Personalkosten. Die Postverwaltung bleibe mit den neuen Gebühren vor allem noch so weit hinter der Geldentwertung zurück, daß bei Annahme der vorgeschlagenen Sätze für 1922 noch ein Defizit von 33 Milliarden verbleibt. Die Verwaltung glaubt aber, dem Volksganzen besser zu dienen, wenn die Gebühren nötigenfalls wieder erhöht werden, als wenn die Steigerung so sprunghaft vorgenommen wird, daß der ganze Fehlbetrag durch eine einmalige Erhöhung gedeckt wird. Der Verkehrsbeirat stimmte den Ausführungen des Reichspostministers zu.

Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienstliche Aktenbriefe von Behörden, Drucksachen, Ansichtskarten, Geschäftspapiere, Warenproben, Mischsendungen, Päckchen, sowie die Versicherungsgebühren werden verdoppelt. Postanweisungen kosten bis 100 M. 10 M. und steigen bei 5000 bis 10 000 M. auf 40 M. Der Tarifaufbau für den Paketverkehr wird in Erfüllung der wiederholt gestellten Anträge dahin geändert, daß die Gebühren unter Beibehaltung der ersten Gewichtsstufe bis 5 Kilogramm für das übersehene Gewicht von Kilo zu Kilo gestaffelt werden. Das nach losten Pakete in der Nahzone (bis 75 Kilometer) bis 5 Kilogramm 60 M. und steigen bis 10 Kilogramm um 12 M. für je ein Kilogramm, von 11—20 Kilogramm um je 24 M., in der Fernzone (über 75 Kilometer) werden diese Sätze verdoppelt, ebenso die Auslandsgebühren.

Telegrammgebühren: Für das gewöhnliche Telegramm auf alle Entfernungen 1. eine Grundgebühr von 20 M., 2. eine Wortgebühr von 10 M. für jedes Wort, bei Orts- und Pressetelegrammen 10 M. Grundgebühr und 5 M. Wortgebühr. Beim Postscheckverkehr sollen die Gebühren für bare Einzahlungen mit Zahlkarten der höheren Postanweisungsgebühr angepaßt, d. h. auf die Hälfte dieser Gebühren festgesetzt werden. Für bargeldlos begliche Zahlkarten wird dieselbe Gebühr, im Höchstfalle jedoch eine Gebühr von 50 M. für eine Zahlkarte erhoben. Für jede von der Zahlstelle eines Postscheckamtes bargeldlos und für jede in den Abrechnungsstellen der Reichsbank beglichene Auszahlung beträgt die Gebühr 1 v. T. des in dem Scheck angegebenen Betrages, für jede Barauszahlung durch die Zahlstelle eines Postscheckamtes sowie für die Uebersendung eines Schecks durch das Postscheckamt an eine Postanstalt und für die weitere Behandlung des Schecks bei dieser 5 v. T. des im Scheck angegebenen Betrages.

Die Vorlagen gehen nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß zu.

Der Staatsgerichtshof gegen Pfarrer Traub. Wie die P. P. N. hören, ist vom Oberreichsanwalt beim Staatsgerichtshof zum „Schutze der Republik" gegen Pfarrer Traub ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten eingeleitet worden.

Heutiger Stand des Dollars 4525!

Aktive Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaftspolitik des Reichswirtschaftsministeriums wird mehr und mehr zu einer Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Die Devisennotverordnung ist ein gefährliches Symptom für ein Spielen mit wirtschaftlichen Kräften seitens des Ministeriums, dessen Aufgabe es sein soll und muß, den Nutzeffekt der Zusammenwirkung der wirtschaftlichen Kräfte zu sichern und zu steigern. In Zeiten schwerer Wirtschaftsnot, im Anfangsstadium einer schweren innerwirtschaftlichen Krisis muß mehr denn je die Wirtschaftspolitik von kühler Sachlichkeit beherrscht sein, darf sie nicht Dienerin der mißleiteten, von Parteipropaganda verführten öffentlichen Meinung sein. Der demokratische Staat wird schwer darunter leiden, wenn wir das Wesen der Demokratie darin erblicken, das politische und wirtschaftliche Handeln von der Straße bestimmen zu lassen. Mut und zielsichere Energie brauchen wir heute in Deutschland, um der Aufgaben Herr werden zu können, die uns in den nächsten Monaten bevorstehen. Mut und Zielsicherheit sind aber leider die Eigenschaften, nach denen man vergeblich im Reichswirtschaftsministerium sucht. War die Devisennotverordnung von Anfang an dazu verurteilt, nach jeder Richtung hin ein völliges Fiasko zu erleiden, wurde ihre Auswirkung in einer quälenden Tragikomödie in der letzten Woche vor der Weltbühne unter dem Hohngelächter aller unlauteren Elemente dargestellt, so scheint sich leider das Reichswirtschaftsministerium mit diesem zweifelhaften Ruhm nicht begnügen zu wollen. Es kämpft mit großer Energie für die Verwirklichung seines Planes, Goldschatzwechsel mit kurzfristiger Laufzeit auszugeben, um für den inneren Wirtschaftsverkehr ein wertbeständiges Anlage- und Reservepapier zu schaffen. Die Demokratische Partei ist für den Gedanken der inneren Goldanleihe schon vor langem eingetreten. Für sie war aber — wie die Aussprache der demokratischen Wirtschafter auf ihrer Eisenacher Tagung gezeigt hat und wie dies auf dem Elberfelder Parteitag festgelegt wurde — die innere Goldanleihe an sehr wesentliche Voraussetzungen geknüpft, die man jetzt völlig in den Plänen des Reichswirtschaftsministeriums außer acht läßt.

Artikel 248 des Versailler Vertrages bestimmt, daß unter Vorbehalt von Abänderungen, die seitens der Reparationskommission bewilligt werden könnten, alle Vermögenswerte und Einnahmequellen des Reichs und der Länder für die sich aus dem Versailler Vertrag ergebenen Verpflichtungen Deutschlands haften. Es ist hervorzuheben, daß die Vorbehaltsklausel seinerzeit von der deutschen Friedensdelegation beantragt und durchgesetzt wurde. Voraussetzung für jede wertbeständige Schatzanweisung oder Anleihe ist die Sicherung durch von der Geldentwertung innerlich unabhängige, automatisch mit ihr steigende beziehungsweise fallende Einnahmen des Reichs. Voraussetzung solcher Sicherung ist die Freigabe solcher Einnahmeteile des Reichs seitens der Reparationskommission; ohne Einbeziehung der sich aus Artikel 248 des Versailler Vertrages ergebenden Auswirkung gibt es keine Goldanleihe oder Goldschatzanleihe von Wertbeständigkeit. Das Gold solcher Schatzanweisungen würde auf die Namensführung beschränkt bleiben. Wo liegt etwa eine Sicherheit solcher Schatzanweisungen ohne Beachtung des Artikels 248 und der Zurverfügungsstelle bestimmter Steuern? Man kann heute ein Papier ausgeben mit Goldennennwert und festem Kurs gegenüber der Papiermark. Man kann auch zusagen, daß man je nach der Laufzeit der Schatzwechsel in drei oder sechs Monaten die Papiermarksumme bezahlt, die dem Goldmarkwert des Wechsels dann entspricht. Kann man aber solche Zusagen einhalten? Angenommen, die Ausgabe solcher Wechsel erfolgt zu einem der inneren Kaufkraft der Mark entsprechendem Kurs: Ein 1000 Goldmarkwechsel soll z. B. 200 000 Papiermarkwechsel kosten, bis zum Einlösungstermin ist ein weiterer Fall der Mark erfolgt und man hätte 300 000 Papiermark zurückzuzahlen, woher will man die Differenz nehmen? Entweder das Reich schafft sich eine Devisenreserve oder das Reich beschließt dann Noten zu drucken. In beiden Fällen aber das große Fragezeichen: was sagt die Reparationskommission? So, wie das Reichswirtschaftsministerium die Dinge anfaßt, geht es nicht. Auch hier gegenüber einem gesunden Gedanken statt sachlicher Prüfung und Durchdenkung — Spielerei.

Grundsätzlich sei in diesem Zusammenhang folgendes in Stichworten zusammengestellt, was Wesen und Inhalt aktiver deutscher Wirtschaftspolitiker sein muß: 1. Ausnützung jeder Möglichkeit, die Reparationsrevision zu beschleunigen. 2. Steigerung des Nutzeffektes der deutschen volkswirtschaftlichen Arbeit durch Ausschaltung aller gesetzlichen Bestimmungen, die einen Leerlauf von Arbeitskräften bedeuten, durch gesetzliche Einstellung des gesamten Entlohnungssystems auf eine direkte Beziehung zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsentlohnung. 3. Stärkste positive Förderung der deutschen Ausfuhr, Einstellung aller für den Inlandsmarkt nicht dringend benötigten Kräfte auf das wesentliche Ziel: Aktivierung der Handelsbilanz. 4. Klärung des Urteils des Auslands und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221025017/fragment/page=0001

des Inlands über unsere tatsächlich wirtschaftliche Lage durch Schaffung einer stabilen Rechnungseinheit für das gesamte Wirtschaftsleben und durch rückhaltlose Offenheit in der Darlegung der Voraussetzungen, auf denen sich staatlicher und privatwirtschaftlicher internationaler Kredit aufbauen kann. 5. Vorbereitung aller Maßnahmen für eine Stabilisierung der deutschen Währung im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung des Reparationsproblems, ohne die jeder Stabilisierungsversuch erfolglos sein muß.

Tagungspause für den Reichstag.

Zweidrittelmehrheit für Eberts Amtsverlängerung.

Entgegen aller Erwartung hat der Reichstag gestern doch die in Aussicht genommene Pause bis zum 7. November eintreten lassen. Eigentlich bestand die Vermutung, daß die zwischen der Regierung und den Parteien auf demokratische Anregung eingeleitete Besprechung über die Politik des Reiches ein Weitertagen des Parlaments wünschenswert erscheinen lassen werde. Man sprach auch davon, daß der Reichskanzler selbst das dringende Verlangen habe, sozusagen vom Reichstag sein Mandat sich von neuem bestätigen zu lassen. Man hat sich aber gestern in erneuten Besprechungen doch dahin entschieden, daß es besser sein werde, die Klärung der Lage frei von dem doppelten Druck des Parlaments und der Presse zu suchen. Man will damit der Gefahr der Krisenmache begegnen und diese Absicht ist ja wohl auch zu loben. Bei den Schlußabstimmungen über die Amtsdauer des Reichspräsidenten inszenierten die Abgg. Koenen und Lebebour eine kleine Komödie, indem sie Wiederaufnahme der Aussprache verlangten; dasselbe Spiel wiederholten sie bei der Schlußabstimmung über die Getreideumlage. In beiden Fällen hatten sie selbstverständlich einen glatten Mißerfolg auf der ganzen Linie, da jedermann die Absicht merkte. Die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten Ebert wurde mit 314 gegen 76 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen. Damit war die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit erreicht. Die Abstimmung über das Umlagegesetz ergab ein Verhältnis von 236 Ja-Stimmen gegen die 160 Nein-Stimmen der Sozialdemokratie. Dann trat die Vertagung ein und es soll dem Präsidenten Loebe überlassen bleiben, die Tagesordnung der Sitzung am 7. November festzusetzen. Inzwischen wird also festgestellt werden müssen, wie sich die Politik des Reiches gestalten soll und auf welche Parteikonstellation sich die Regierung stützen kann.

*

Berlin, 24. Oktober. Auf der Tagesordnung stehen zunächst drei Anträge. Der Gesetzentwurf über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen, der die Pfändungsgrenze auf 120 000 Mark festsetzt, wird angenommen. In dritter Lesung angenommen wird der Antrag Dr. Stresemann (DVP.) auf Verlängerung der Zuckerfrist bei gesäuerten Weine bis zum 31. März 1923. Zur dritten Lesung des Gesetzes zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 liegt ein Antrag Hergt (dn.) vor, die Wahl am 3. Dezember stattfinden zu lassen und, falls die Verlängerung der Amtsdauer beschlossen wird, dieses Gesetz erst nach drei Monaten in Kraft treten zu lassen. Eine Aussprache findet nicht mehr statt. Die Abstimmungen sollen in späterer Stunde erfolgen. Nach einer Pause folgt in einer neuen Sitzung die dritte Lesung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Das Gesetz gelangt in der Gesamtabstimmung gegen die Kommunisten zur Annahme. Es folgt die zurückgestellte Abstimmung über

die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten.

Ein kommunistischer Antrag auf Wiedereröffnung der Aussprache wird abgelehnt. Der Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer wird dann gegen Deutschnationale und Kommunisten angenommen. Dafür stimmen 314 Abgeordnete, dagegen 76, einer enthält sich der Abstimmung. Der Antrag ist also mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Ueber den Eventualantrag Hergt (dn.), das Inkrafttreten dieses Gesetzes auf zwei Monate auszusetzen, wird ebenfalls namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag auf Aussetzung des Gesetzes hat also nicht das notwendige Drittel der anwesenden Abgeordneten zur Unterstützung gefunden. Der erste Beschluß des Reichstags tritt damit sofort in Wirksamkeit. Es folgt die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf zur Regelung des Verkehrs mit Getreide. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung beträgt der Preis für das erste Drittel der Umlage für Roggen 28 800 Mark, für Weizen 30 300 Mark, für Gerste 27 000 Mark und für Hafer 25 500 Mark je Tonne. Der Gesetzentwurf wurde in der Ausschußfassung mit 236 gegen 160 sozialistische Stimmen angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Reichstag vertagte sich auf Dienstag, den 7. November.

Präsident Ebert nimmt an.

Berlin, 25. Oktober. Nachdem der Reichstag das Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert angenommen hatte, begab sich das Reichstagspräsidium zum Reichspräsidenten. Präsident Loebe richtete an ihn eine kurze Ansprache. In seiner Erwiderung erklärte Präsident Ebert u. a.: Gerne nehmen wir der Nationalversammlung in Weimar abgelegten Gelöbnis, meine Kraft dem deutschen Volke zu widmen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, wird es mein alleiniges Bestreben sein, in Drang und Not dieser Zeit der Republik zu dienen und nach bestem Können mitzuarbeiten an der Gesundung und Erneuerung Deutschlands. Wie bisher will ich mich auch fernerhin bemühen, mein Amt unparteiisch zu führen. Ich bin mir wohl bewußt, daß meine eigene Kraft und die Kraft der vom Vertrauen der Volksvertretung getragenen Regierungen des Reiches und der deutschen Länder allein nicht ausreicht, um die schweren Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft zu lösen; sie wird nur dann sich durchsetzen, wenn sie sich vereinigt mit den lebendigen, schaffenden und wirkenden Kräften des ganzen Volkes, wenn sie gestützt wird von dem staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Leben unserer Nation. Darum wird es mein stetes Bemühen sein, über alle Verschiedenheiten der Interessen und Weltanschauungen hinaus die großen und wertvollen Kräfte unseres Volkstums zusammenzufassen und zusammenzuschließen in dem uns allen Gemeinsamen: Der Liebe und Pflicht, Treue zu Volk und Vaterland.

Preußischer Landtag.

Berlin, 24. Oktober. Der preußische Landtag setzte am Dienstag die allgemeine Aussprache über die Rhein- und Saarland-Interpellation fort. Als erster Redner sprach der Abg. Bachem für die Deutschnationalen. Er schilderte treffend die unerhörte Willkür, mit der die feindlichen Militär- und Zivilbehörden die Bewohner des besetzten Gebietes behandeln. Kaum man sich der Bestrafung der Schuldigen schließlich nicht ganz entziehen, so fallen die Strafen lächerlich gering aus. Das Wort nahm sodann der Abgeordnete Dunkler von der Deutschen Volkspartei. Er, wie ferner der Demokrat Dr. Gottschalk und für das Zentrum die Abg. Frau Bachem-Königswinter entwarfen noch einmal ein erschütterndes Bild über die Drangsalierungen unserer Volksgenossen im Rheinland und im Saargebiet, besonders durch die französische und belgische Besatzung. Der Kommunist Pfenge war der einzige, der

die nationale Einheitsfront

in dieser nationalen Sache störte. Seine scharfen Angriffe gegen die Zentrumspartei riefen den Abg. Dr. Schwering auf den Plan, der Verwahrung gegen diese Angriffe einlegte und erklärte, seine Partei stehe auf dem strengen Boden des Rechtes und auf dem der nationalen Politik. In die Aussprache griff auch ein Regierungsvertreter ein, um auf einzelne Anregungen einzugehen: Die Verbesserung der Milchversorgung im Aachener Gebiet ist bereits in Angriff genommen, auch ist Anweisung ergangen, die Quartierentschädigung der Geldentwertung anzupassen. Gegen den Ausverkauf ist eine Polizeiverordnung vom Oberpräsidenten erlassen worden. Auch durch Verstärkung des Zollpersonals an der Grenze soll eine strengere Kontrolle geübt werden. Damit war die Aussprache zur Rhein- und Saarland-Interpellation zu Ende. Zum Schluß verabschiedete das Haus noch die Novellen zur Beamten- und Lehrerbesoldung und setzte sodann neue Aufwandsentschädigungen (25 000 M. monatlich) für die Mitglieder und den Präsidenten des Hauses fest. Der Fall Stubenrauch wird erst am Mittwoch zur Beratung kommen. Außerdem soll die Aussprache über den Verkauf städtischen Hausbesitzes an Ausländer abgeschlossen werden.

Die Verhandlung gegen die Helfer der Rathenau-Mörder.

Leipzig, 24. Oktober. Nach Erledigung des Falles Goethe beschäftigte sich der Staatsgerichtshof heute mit den Verhandlungen gegen Dr. Stein und Dietrich. In der Vernehmung erklärte Dietrich, er gehöre der Organisation C nicht an. Kern habe er zum ersten Male im Jahre nach der Revolution in Wilhelmshaven gesehen. Er habe aus Kameradschaft gehandelt, als er ihm die erbeuteten Kleider besorgte. Angeklagter Dr. Stein erklärte, er habe keinen von den Tätern gekannt, seine ganze Wissenschaft von der Organisation C beruhte auf einer mißverstandenen Zeitungsnotiz. Von der Politik habe er sich seit zwei Jahren ferngehalten und auch keine Zeitungen gelesen. Daß die Mörder sich gerade nach der Burg Saaleck wandten, komme wohl daher, daß Burg Saaleck auf fünf Meilen im Umkreis das einzige Bauwerk sei, das einen unbewohnten Eindruck macht. Die als Zeugin vernommene Frau Annemarie Stein bestätigte die Bekundungen ihres Mannes im wesentlichen. Darauf schilderte Kriminalwachtmeister Kagemann (Halle a. d. S.), der zur Festnahme der Rathenaumörder nach Saaleck gesandt wurde, die Vorgänge. Zeuge Dr. Malabe, praktischer Arzt in Kiel, war bei der gerichtlichen Leichenschau zugegen. Er glaubte zunächst, Dr. Stein hätte seine Hand im Spiel gehabt, hat aber aus dessen Benehmen die Ueberzeugung gewonnen, daß dies nicht der Fall war. Darauf ergriffen die Verteidiger das Wort. Sie plädierten für beide Angeklagte auf Freisprechung. Nach 4¼ Uhr wurde die Verhandlung geschlossen, und der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück. Gegen ½6 Uhr verkündete er das Urteil, das gegen Stein auf Freisprechung, gegen Dietrich auf sechs Monate Gefängnis lautet. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni für den vorliegenden Fall unzweifelhaft anwendbar sei. Eine Begünstigung liege vor. Es genüge nach der feststehenden Rechtsprechung des Reichsgerichts, daß der Versuch unternommen worden sei, der Erfolg brauche nicht eingetreten zu sein. Es sei erwogen worden, daß es sich um die Begünstigung eines Meuchelmordes gehandelt hat. Andererseits wäre aber der tragische Konflikt berücksichtigt worden, in dem sich der Angeklagte Dietrich befand. Auch mit Rücksicht darauf, daß er nicht aus unedlen Motiven gehandelt hat, sei die Strafe verhältnismäßig mild ausgefallen. Die Angaben von Dr. Stein seien in keiner Weise widerlegt worden, und danach sei es sehr wahrscheinlich, daß er vollständig unschuldig ist.

Neues vom Tage

Ein Bombenattentat in Spanien.

Barcelona, 25. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Auf den Gouverneur der Provinz Barcelona wurde gestern abend beim Verlassen des Theaters ein Attentat verübt. Zwei Individuen warfen Bomben auf sein Auto, die aber niemanden verletzten. Bei der Verfolgung der Attentäter entwickelte sich ein lebhaftes Revolvergefecht, in dem die beiden Attentäter und ein Polizist getötet wurden.

Ein ehemaliges deutsches Unterseeboot gesunken. Wenige Seemeilen von Cherbourg ist eine ehemalige deutsche U-Boot U 26, das jetzt den Namen „Rolland Morillot" trug, gesunken. Die aus 2 Offizieren und 21 Mann bestehende Besatzung wurde durch ein französisches Handelsschiff gerettet.

Eisenbahnunglück bei Paris. Im Norden von Paris, bei der Station St. Denis, stießen heute nacht zwei Eisenbahnzüge zusammen. Sieben Wagen wurden umgeworfen, vier Tote und 20 Verletzte sind bisher festgestellt.

Gräßlicher Selbstmord. Auf eine fürchterliche Art hat sich in Quettingen ein von Schwermut befallener Mann sein Leben gebracht und dabei noch drei Personen mit in den Tod gerissen. Der Mann hatte auf einem Weideplatz in der Nähe seiner Wohnung eine Granate angezündet und setzte sich darauf. Ein Freund, seine Braut und seine Mutter stürzten hinzu und wollten die glimmende Zündschnur entfernen. Sie kamen jedoch zu spät. Mit einem fürchterlichen Knall explodierte die Granate und zerriß alle vier Personen.

Oxydvergiftung in einer Eisengießerei. Durch noch nicht völlig aufgeklärte Umstände hat sich im Südwesten Berlins ein Unglücksfall ereignet. In der Gießerei von Sundmann, am Planufer 92b, fanden Angestellte in den Nachmittagsstunden die dort beschäftigten Arbeiter Georg Sutzmann, Julius Neumann und Georg Vollbrecht in bewußtlosem Zustande auf. Die Wiederbelebungsversuche, die der Arzt der nahegelegenen Unfallstation unternahm, waren von Erfolg begleitet. Die Arbeiter waren durch Kohlenoxydgas vergiftet worden, und zwar mit so plötzlicher Wirkung, daß sie ihren Arbeitsraum nicht mehr verlassen konnten. Die Vergifteten wurden später durch die Feuerwehr dem Urbankrankenhause zugeführt.

Ein Serum gegen die Zuckerkrankheit. Aus Toronto kommt die Nachricht, daß der an der dortigen Universität lehrende Professor Dr. Benting ein Mittel gegen Zuckerkrankheit erfunden hat. Alle Kranken, die der Arzt mit seinem Serum behandelt hat, haben keinerlei Beschwerden und können ohne schädliche Folgen Zucker zu sich nehmen. Die Universität mahnt allerdings zur Vorsicht und glaubt eine durchaus sichere Wirkung des Mittels noch nicht garantieren zu können.

Der Sachverständige. Der Justizminister eines der kleinen ehemaligen Fürstentümer, strammer Parteimann, aber keine Leuchte der Jurisprudenz, liebt es, so erzählt eine reizende Anekdote, inkognito die Gerichtssäle zu inspizieren. Kürzlich besuchte er den Schwurgerichtssaal des Ortes K. und setzte sich unauffällig auf eine Bank in der Nähe der Verteidiger. Der Vorsitzende, ein sehr scharfsichtiger, aber etwas sarkastischer Herr, bemerkt den hohen Besucher, steht auf und sagt verbindlich lächelnd: „Ach, bitte, Herr Justizminister, möchten Sie nicht etwas näher kommen. Wo Sie sitzen, da sitzen die Sachverständigen."

I. Konzert des Händel-Vereins.

Der Händel-Verein eröffnete die diesjährige Saison mit einem Madrigal-Abend. Auf dem Programm war eine Fülle von Leckerbissen für den Musikfeinschmecker zu finden, es gab eine Menge von Antiquitäten mit mehr oder weniger Museumswert, aber nicht nur das, sondern auch einige für das Herz des Musikers und Musikliebhabers unserer Zeit. An einer großen Zahl von italienischen und niederländischen Madrigalen fesselte lediglich die rein formale Schönheit. Eine Aufzählung von Namen möge mir erspart bleiben. Zu begrüßen war es, daß das Programm auch Werke deutscher Meister brachte, unter ihnen als Höhepunkt die entzückende Nachtmusik vom genialen Schütz für ein Soloquintett, zwei Violinen, ein Violincello und ein Klavier.

Wenn man bedenkt, daß Schütz heuer ein Vierteljahrtausend tot ist, dann kann man sich nicht genug wundern, wie seine Musik eben infolge ihres konzentrierten Gehaltes an Empfindung und ihrer beseelten Formen auch uns moderne Menschen immer noch auf das stärkste packt. Durch eine Aenderung des Programms und Wegfall einer Nummer kam dieser Schütz neben ein Madrigal von Adrian Willaert zu stehen, das sich durch sehr apartien Klang mit auszeichnete. Die Singstimme, ein Sopran, mischte sich mit dem dunklen Timbre des Begleitkörpers, bestehend aus drei Violinen und einem Violoncell. Der oben angedeutete Gegensatz zwischen den beiden Arten zu musizieren konnte nicht plastischer zur Geltung kommen als durch diese unmittelbare Nebeneinanderstellung. Es stießen gewissermaßen zwei ganz verschiedene Welten aufeinander.

Um die Darbietung dieses interessanten Programms machte sich die vor einem Jahre gegründete hiesige Madrigal-Vereinigung verdient. Auch heute wurde sie ihrer Aufgabe im allgemeinen ausgezeichnet gerecht, was ja nicht Wunder nimmt, wenn man an ihre Zusammensetzung denkt. Es findet sich mancher Name unter ihren Mitgliedern, der in Halle von gutem Klang ist, und wenn dazu noch ein solch gerade für diese Art von Musik ausgezeichnet vorgebildeter Leiter kommt, wie es hier der Fall ist, so sind damit die günstigsten Bedingungen für hochwertige künstlerische Leistungen auf diesem Gebiete geschaffen. Aus der Zusammensetzung des Chors, der zu zum großen Teil aus Solisten besteht, ergibt sich für den Leiter die bereits früher formulierte Aufgabe, eine möglichst gute Homogenisierung des Stimmenklangs anzustreben, auch in dieser Hinsicht waren manche Fortschritte erkennbar. Ausgezeichnet, um nur einiges herauszugreifen, gelang das humorvolle Madrigal von Maelrant, im Klange begeisternd das von Marenzio „Scalda va il sol". Verschwiegen soll nicht werden, daß der Schlüß nach einer nochmaligen Ueberfeilung vielleicht noch zwingender hätte gestaltet werden können und daß in den letzten beiden niederdeutschen Madrigalen einige Intonationsschwankungen störten.

Außer diesen Darbietungen gab es noch Klaviervorträge von Dorothea Kraus. Die schon in der Art ihres Auftretens sehr sympathisch wirkende junge Dame spielte zu Anfang zwei Präludien und Fugen von Bach mit plastischer Gestaltung, klarer Technik und sicherem Stilgefühl. Die Sonate G-Moll von Kuhnem aus dessen frischen Klavierfrischen noch etwas nach Meder, am Schluß gab es dann noch reizvolle Rokokosmusik, zwei Studien von Scarlatti und zwei Sachen von Rameau. Sie wurden frisch gespielt bis auf die letzte pompöse Variation der Rameauschen Gavotte, die unter einer gewissen Ermüdung litt und der daher die erforderliche Größe fehlte. Programmfehler: 2¾ Stunden für solche immerhin doch ferner liegende Musik erscheint mir etwas reichlich.

J. V.: Dr. Vlol.

Holländisch-Hamburgisches Musikfest.

Von Dr. Max Unger.

Eine stattliche Zahl Holländer — über 100 Musiker vom Amsterdamer Concertgebouw mit ihrem Führer Willem Mengelberg und etwa 60 musikfreudige Begleiter, darunter der Präsident des Concertgebouw Jonkheer Dr. A. Roëll, Gouverneur von Nord-Holland — traf dieser Tage in der alten Hansa-Stadt ein und wurde vom Senator Dr. Petersen, Dr. Karl Muck, dem holländischen Generalkonsul Flaes u. a. am Bahnhof bewillkommnt. Am Vorabend des Musikfestes, als dessen Veranstalter der Verein Hamburgischer Musikfreunde zeichnete, lud das Stadttheater zu einer Festvorstellung der „Ariadne auf Naxos" ein, die unter Mottls musikalischer Leitung einen glänzenden Verlauf nahm. Im goldenen Saale des Rathauses fand am folgenden Tage die offizielle Begrüßung durch den regierenden Bürgermeister Dr. Diestel statt. Dr. Roëll dankte für den freudigen Empfang und im Namen des Holländischen Ministeriums. (Man sieht, wie in Holland die Musik nicht allein Sache einzelner Vereine, sondern geradezu staatliche Angelegenheit ist.)

Eine Begeisterung brach los, als Willem Mengelberg zu Anfang des ersten Konzertes in der Musikhalle das volle Orchester die deutsche und die niederländische Volkshymne spielen ließ. Dieses Konzert belehrte den, der Zeuge der glänzenden Aufführungen beim Amsterdamer Mahlerfeste 1920 gewesen war, vor allem einmal darüber, daß die Holländer auch andere deutsche Großmeister mit der gleichen Vollendung herauszubringen wie den von ihnen mit besonderem Nachdruck Protegierten. Wer so zu musizieren versteht, darf, ja soll uns auch als Ausländer unsere in jedem Takte bekannten Großen vorspielen. Brahms (Akademische), Beethoven (Eroica) und Strauß (Heldenleben, dem damals 26jährigen Mengelberg und seinem Orchester gewidmet) standen auf dem Zettel. Das gerade zu Unbegreifliche ist immer wieder, daß bei den Darbietungen der Holländer die denkfarste, fast schulmeisterliche Sorgfalt mit innerstem Erleben und reichem Stilgefühl einen unlösbaren Bund eingeht. Von der Beethovenauffassung Mengelbergs sei hier nur das verhältnismäßig ruhige Zeitmaß des Scherzo, das wir bisher nirgends so hörten, festgestellt und es erscheint dabei doch so ungewollt und einzig richtig. Ueber die Wiedergabe des Heldenlebens kann man sich überhaupt nur in Superlativen ergehen. Zu weich edler Klangfülle die Höhepunkte geführt wurden, ist unfaßbar. Die Bläser kann man wohl kaum anderwärts so in jeder Hinsicht reinlich und peinlich spielen hören. Es kam besonders nach diesen letzten Werke zu Kundgebungen, wie sie bei der kühleren Temperatur der Hamburger zu den Seltenheiten gehören.

Indem man Schönbergs „Verklärte Nacht" durch M. Ravels Tondichtung „La Valse", den Glanzpunkt der Orchestervorführungen beim französischen Musikfeste in Amsterdam, ersetzte, blieb der zweite Abend, der im Conventgarten stattfand, ausschließlich der neueren und neuesten ausländischen Kunst vorbehalten. Ravel ist bei jenem wirkungsvollen Werke durch einen Aufenthalt in Wien angeregt worden. Johann Strauß mit französischem Esprit und zündender Rhythmik auf moderne, aber niemals häßliche Art dargestellt. Außerdem eine zweite deutsche Uraufführung: Eine „Gothische Chaconne" von Cornelius Dopper, dem einzigen Holländer, der auf dem Zettel des Festes stand. Ueber einem nur achttaktigen Thema, in Dies-irae-Stimmung getaucht, baut sich ein großartiger Dom knapper, scharf profilierter Variationen auf, denen die Würde des Themas trotz reicher Gegensätzlichkeit gewahrt bleibt. Gewisse Variationenmacher hätten an der Arbeit lernen können, daß diese Kunstform auch heute sozusagen noch nicht vogelfrei ist. Des an deutschen Meistern — zumal Brahms — emporgewachsenen Werkes sollten sich auch die deutschen Dirigenten angelegentlich annehmen. Beim Düsseldorfer Tonkünstlerfeste hätte es sicher den Vogel abgeschossen. Die andern beiden Werke des Abends waren Debussys „Nachmittag eines Faun" und die Pathetische von Tschaikowsky. Auf dem Zettel des letzten standen die Oberon-Ouvertüre, Beethovens erste und Mahlers „Lied von der Erde" mit Frau Cahier und Jacques Urlus als glänzend disponierten Gästen. Zu welch edler Klangfülle die Höhepunkte, zumal der modernen Werke, gebracht wurde, wie wundersam verhalten und geeint die dynamische Gegensätze erklang, ist unsagbar. Der Großartigkeit der Wiedergaben entsprechend steigerten sich die Kundgebungen für Mengelberg, die Solisten und das Orchester bis zum Siedepunkte.

Am nächsten frühen Morgen brachte der Sonderzug die holländischen Gäste nach Berlin, wo zwei Konzerte in der Philharmonie stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221025017/fragment/page=0002